

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

20.04.2019 /19.20-19.50 Uhr
21.04.2019 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Gorch Fock-Affäre – Beispiel für Probleme des Bundeswehr Rüstungsmanagements?
- Mehr als nur Einzelfälle? Verdacht auf rechtsextremistisches Netzwerk in der Bundeswehr
- Islamistische Terrororganisation Boko Haram auf dem Vormarsch – Afrikanische Staaten ohne Strategie?
- Konflikt um das Asowsche Meer – Ukrainische Hafenstädte leiden unter Russlands Machtanspruch

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Heute geht es bei uns um diese Themen:

- Mehr als nur Einzelfälle? Verdacht auf ein rechtsextremistisches Netzwerk in der Bundeswehr
- Islamistische Terrororganisation Boko Haram auf dem Vormarsch – Afrikanische Staaten ohne Strategie? Und:
- Konflikt um das Asowsche Meer – Ukrainische Hafenstädte leiden unter Russlands Machtanspruch.

Zunächst jedoch zum Dauerthema Gorch Fock. Das Segelschulschiff liegt seit mehr als drei Jahren in der Werft. Die Sanierungskosten sind von ursprünglich 10 Mio. auf inzwischen 135 Mio. Euro explodiert. Möglicherweise wird aber auch diese Summe nicht reichen. Die Gorch Fock-Affäre gilt inzwischen als Beispiel für ein unzureichendes Rüstungsmanagement der Bundeswehr. Immer wieder muss sich der Bundesrechnungshof mit Beschaffungsvorhaben auseinandersetzen, die aus dem Ruder gelaufen sind:

O-Ton Scheller

„In der Tat haben wir es hier mit vielen Fällen zu tun. Die Projekte sind keine Einzelfälle. Hier geht es um systemische Probleme.“

Sagt Kay Scheller, der Präsident des Bundesrechnungshofes. Seine Behörde bemängelt unter anderem, die Gorch Fock-Sanierung sei unzureichend vorbereitet worden. So fehle eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Und im Verteidigungsministerium habe es den unbedingten Willen zum Weiterbetrieb des Segelschulschiffes gegeben. Ursula von der Leyen sei durch die ausgearbeitete Entscheidungsvorlage getäuscht worden.

Schwere Vorwürfe, die aber in dem in der vergangenen Woche vorgelegten Bericht des Verteidigungsministeriums bestätigt wurden. Der FDP-Verteidigungsexperte Alexander Müller ist empört:

O-Ton Müller

„Die Verhältnisse im Haus, im Verteidigungsministerium, sind offensichtlich chaotisch. Die Ministerin hat Entscheidungen getroffen auf Basis von frisierten Zahlen.“

Denn das zuständige Referat hatte im Januar 2018 aufgrund der Kostensteigerung in seinem Entscheidungsentwurf noch den Abbruch der Gorch Fock-Sanierung vorgeschlagen. Empfohlen wurde ein schnellstmöglicher Neubau. Die Kosten dafür wurden mit 126 Mio. Euro veranschlagt. Zugleich äußerte das Referat Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Elsflether Werft, die mit der Instandsetzung beauftragt worden war.

Doch der damalige Leiter der Abteilung Ausrüstung, der heutige Rüstungsstaatssekretär Benedikt Zimmer, kassierte diesen Vorschlag. In einer neuen Entscheidungsvorlage für die Ministerin wurde schließlich die Fortsetzung der Instandsetzungsarbeiten als beste Lösung empfohlen. Sie wurde zudem als „risikoarm“ bewertet. Die geschätzten Kosten für ein neues Segelschulschiff waren in diesem Papier plötzlich auf 170 Mio. Euro gestiegen.

Das Verteidigungsministerium hat mit seinem Bericht jetzt eingeräumt, dass die damalige Entscheidung der Verteidigungsministerin für die Sanierung der

Gorch Fock auf falschen Annahmen und Informationen basierte. Erstaunlich: Personelle Konsequenzen soll es trotzdem nicht geben. Die FDP ist empört, fordert die Ablösung von Staatssekretär Zimmer. Und auch der verteidigungs-politische Sprecher der Grünen, Tobias Lindner, wundert sich:

O-Ton Lindner

„Wenn das Ministerium in dem Punkt die Aufklärung einstellt und sagt: ‚Da sind Fehler gemacht worden, wir haben weiterhin Vertrauen in diese Personen‘, dann ist das ein unverantwortlicher Vorgang. Ich finde, es muss jetzt erörtert werden, warum haben Staatssekretär Zimmer, warum der Abteilungsleiter Haushalt und Herr Bühler, der ja jetzt zur NATO befördert wird – warum haben die die Vorlagen so verändert, dass gegen mehrere Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung verstoßen worden ist? Ich will da die Motivlage wissen.“

Und wie geht es jetzt weiter mit der Gorch Fock? Bis zum 21. Juni soll das Schiff wenigstens wieder schwimmfähig gemacht werden. Danach will die Werft einen Vorschlag für die hochseetaugliche Fertigstellung erarbeiten. Glaubt man Medienberichten, wackelt in-zwischen aber auch dieser Plan. Die Gorch Fock – offenbar eine unendliche Geschichte.

Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Wir bleiben bei der Bundeswehr. Für großen Wirbel sorgte vor zwei Jahren die Affäre um den Oberleutnant Franco A. Der Offizier hatte monatelang ein Doppelleben geführt und sich als Flüchtling ausgegeben. Dabei gab es frühzeitig Hinweise auf die rechtsextreme Gesinnung des Mannes. Konsequenzen – Fehlanzeige. Seitdem wird der Bundeswehr immer wieder vorgeworfen, ein Tummelplatz für Rechtsextremisten zu sein. Vorgesetzte würden nicht entschieden gegen ihre Aktivitäten vorgehen – ja, sie sogar decken, so die Kritik.

Selbst die Verteidigungsministerin sprach damals von einem Haltungsproblem der Bundeswehr und einer Führungsschwäche auf verschiedenen Ebenen. Diese Äußerung löste bei Soldaten große Empörung aus – von einem un gerechtfertigten Generalverdacht war die Rede.

Allerdings kommt es immer wieder zu Vorfällen. Der Verdacht wird geäußert, es gebe in den Streitkräften ein rechtsextremistisches Netzwerk. Was ist dran an diesem Vorwurf? Michael Götschenberg, Marie von Mallinckrodt und Christoph Prössl sind dieser Frage nachgegangen:

Manuskript Michael Götschenberg, Marie von Mallinckrodt, Christoph Prössl

Das Foto zeigt ein Tattoo auf einem Unterarm. Ein Wehrmachtssoldat wirft eine Stielhandgranate auf ein Holzgebäude, Stahlhelm und Form der Granate lassen den klaren Schluss zu: Es ist eine Szene aus dem Zweiten Weltkrieg, die sich ein Mann hat stechen lassen. Das Bild postete er auf Instagram. Das Profil gehört einem Soldaten der Bundeswehr.

Christian G. hat auf dutzenden Profilen bei Instagram und auf Facebook von aktiven und ehemaligen Soldaten der Bundeswehr hunderte solcher Beiträge gesammelt und in einem großen Datensatz zusammengetragen. Die Dateien liegen dem ARD-Hauptstadtstudio vor. Sein richtiger Name soll nicht genannt werden, er will unerkant bleiben, er ist noch Soldat.

Aus dem Material wird deutlich: In den sozialen Medien stellen zahlreiche rechtsgesinnte Soldaten oder ehemalige Soldaten ihre politische Meinung offen dar. Manche nur in geschlossenen Gruppen, zu denen Christian G. Zugang hatte. „Meine Ehre heißt Treue“, schreibt da einer. Diesen Wahlspruch verwendete die SS im Dritten Reich.

In den Unterlagen sind auch Beiträge gesammelt, die darauf schließen lassen, dass Reichsbürger hier Inhalte teilen. Die Legitimität der Bundesrepublik wird von Soldaten bezweifelt, die bei der Vereidigung geschworen haben, der Bundesrepublik treu zu dienen. In einem Beitrag heißt es, „in anderen Ländern wirkt das Militär regulierend auf die Regierung ein“, was als Sympathie für einen Militärputsch interpretiert werden kann. Christian G. fielen rechtsradikale Äußerungen, Witze und Sprüche auf.

O-Ton Christian G.

„Richtig Handlungsdruck habe ich gesehen, als ich bemerkt habe, dass in der Verwendungsreihe bei mir beispielsweise doch in Gruppierungen teilweise fragwürdige Äußerungen stattgefunden haben, und dass man der Meinung

war, die Flüchtlingsdebatte beziehungsweise Thematik doch auf die Spitze zu treiben und dort teilweise extremistische Positionen angenommen hat.“

Christian G. berichtet von Aussagen, in denen vom „Juden-Gen“ gesprochen wurde, oder jemand den Vorschlag machte, Flüchtlinge zu erschießen. Christian G. beschwerte sich bei Vorgesetzten, wurde jedoch nicht ernstgenommen, wie er selbst schildert. Er trug die Beispiele zusammen, schickte sie an den Militärischen Abschirmdienst MAD und ans Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages. Ohne große Reaktion.

Wie viele Rechtsradikale in der Bundeswehr dienen, darüber gibt es keine Erkenntnisse. Vor allem der Graubereich ist schwer zu erfassen, also der Bereich, in dem Personen mit der NS-Zeit sympathisieren oder mit der sogenannten Reichsbürgerszene, die die Existenzberechtigung der Bundesrepublik in Frage stellt. Derartige Beiträge sind aber oftmals nicht strafrechtlich relevant oder können nicht wegen eines Verstoßes gegen die Wehrdisziplinarordnung geahndet werden.

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hans-Peter Bartels (SPD), trägt in seinem Jahresbericht regelmäßig zusammen, wie viele Vorfälle innerhalb der Bundeswehr gemeldet wurden. 2018 waren es in der Kategorie „Verdacht auf Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates, unzulässige politische Betätigung oder Volksverhetzung“ 150 Fälle. 2017 167 und 2016 waren es 63 Fälle. Den deutlichen Anstieg 2017 erklärt Bartels mit einer höheren Sensibilität, nachdem der Fall Franco A. öffentlich geworden war. Im Jahr 2018 konnte die Bearbeitung von 42 Verdachtsfällen abgeschlossen werden, in 29 Fällen war kein Dienstvergehen festzustellen. So viel zur Statistik.

Winfried Nachtwei, Mitglied im Beirat Innere Führung der Bundeswehr, Politiker der Grünen, saß lange im Bundestag und beschäftigte sich mit Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Er kommt zu dem Schluss:

O-Ton Nachtwei

„Wir erfahren immer die meldepflichtigen Ereignisse, Verdachtsfälle des MAD und dann die Einstufung ‚mangelnde Verfassungstreue‘ oder ‚rechtsextrem‘. Aber wie die Einstellungen sich mit der Zeit verändern und entwickeln, darüber

wissen wir eigentlich praktisch gar nichts oder wir haben nur subjektive Eindrücke.“

MAD, das ist der Militärische Abschirmdienst, der seit 2017 jeden Bewerber überprüft. Dies reicht nach Ansicht von Winfried Nachtwei allerdings nicht aus. Er bemängelt, dass es keine sozialwissenschaftliche, empirische Untersuchung über Einstellungen in der Bundeswehr gebe. „Da ist Nebel“, sagt Nachtwei. Auch der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages fordert eine solche Studie:

O-Ton Bartels

„Also, was es nicht gibt, aber was vielleicht mal eine Anregung wäre, ist eine Studie über Einstellungsmuster, wie es das für die gesamte Gesellschaft gibt. Also, da haben wir Zahlen – für die Bundeswehr nicht.“

Undurchsichtig ist es spätestens seit dem Vorfall um Franco A. Der Oberleutnant war 2017 verhaftet worden, als er eine Waffe aus einem Versteck am Flughafen Wien geholt haben soll. Die Ermittler fanden bei ihm eine Liste mit Namen bekannter Politiker. Der Vorwurf stand im Raum, dass es um die Vorbereitung rechtsterroristischer Anschläge ging. Der Mann ist vom Dienst suspendiert worden – bis heute. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main stellte im Juni 2018 fest, ein hinreichender Tatverdacht für die Vorbereitung einer schweren, staatsgefährdenden Straftat fehle und überwies den Fall ans Landgericht Darmstadt. Die juristische Aufarbeitung stockt. Möglich, dass sich Franco A. nur für den Verstoß gegen das Waffen- und Kriegswaffengesetz und wegen Betrugs verantworten muss. Der Mann hatte ein Doppelleben geführt und sich als Flüchtling ausgegeben.

Mehrere Medien berichteten in der Folge über rechte Netzwerke in der Bundeswehr, eine angebliche „Schattenarmee“. Doch eindeutige Belege für rechtsextreme Netzwerke in der Bundeswehr, die sich auf einen Tag X vorbereiten, gibt es bisher nicht. Was aus den Medien-Recherchen kaum ersichtlich wurde: Wie groß ist das Problem? Wie viele Personen tauschten sich in einschlägigen Chatgruppen aus? Und wie ernst meinten sie es, wenn sie über eine Zeit nach dem Zusammenbruch des Systems schwadronierten?

Die Bundeswehr hat sich bei ihrer Gründung eine Unternehmensphilosophie gegeben, die präventiv wirken soll. Die „Innere Führung“ stellt ein Leitbild in den Mittelpunkt, das Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verkörpert, und den blinden Gehorsam der Kaiserzeit und des Dritten Reiches überwinden sollte.

Politische Bildung gehört zum Alltag in der Bundeswehr. Ziel sei es, die Kenntnisse der Soldatinnen und Soldaten für die Werte und Normen des Grundgesetzes zu vertiefen, antwortet ein Sprecher des Zentrums Innere Führung auf Anfrage. 2017 besuchten 1.325 Personen Seminare der Einrichtung in Koblenz mit Bezug zur politischen Bildung, 2018 waren es nur geringfügig mehr, 1.441. Eine Intensivierung der Arbeit im Bereich politische Bildung lässt sich an diesen Zahlen nicht ablesen.

Die Bundeswehr sei aber bei der politischen Bildung gut aufgestellt, sagt Winfried Nachtwei. Er kritisiert jedoch:

O-Ton Nachtwei

„Oft prallt das zusammen mit den Truppenrealitäten, wo die Auftragsbürde erheblich ist. Und dann ist die Entscheidung von Kompaniechefs immer wieder: Wir müssen erst mal das Andere machen – und dann fällt eben die politische Bildung hinten runter.“

Florian Kling, Vorsitzender des Arbeitskreises Darmstädter Signal, ein Zusammenschluss aktiver und ehemaliger Soldaten, sagt, politische Bildung dürfe kein Feigenblatt sein, sondern müsse vorgelebt werden:

O-Ton Kling

„Es braucht eine offene Meinungskultur, eine Diskussionskultur, eine Kritik- kultur. Es braucht Vertrauen zu den Vorgesetzten und Vorgesetzte, die wirklich Verantwortung leben können. Erst dann funktioniert das Ganze. Dann geht der Geist der Inneren Führung in der Truppe auf.“

Vorgesetzte bräuchten auch Zeit, um ihre Führungsverantwortung wahrnehmen zu können. Kling betont, dass es in der Bundeswehr eine Pluralität gibt.

O-Ton Kling

„Und nur weil ich – ich bin jetzt persönlich Sozialdemokrat – jemanden auf der CDU/CSU-Seite eher nicht als Offizier sehe oder wo ich sage: ‚Das war deutlich zu rechts und der hat hier überhaupt nichts verloren‘, kann ich den nicht einfach aus der Bundeswehr werfen. Das geht so nicht. Dafür gibt es rechtsstaatliche Mittel.“

Ab wann ist ein Soldat ein Rechtsextremist? Für eine Entlassung muss der Vorwurf gerichtsfest sein. Und das macht für die Bundeswehr den Umgang mit dem Rechtsextremismus so schwierig.

* * *

Flocken

Zu unserem nächsten Thema.

Seit 10 Jahren sorgt im Norden Nigerias die Terrororganisation Boko Haram für Angst und Schrecken. Von mehr als 20.000 Toten ist die Rede. Der Staat und die Sicherheitskräfte kriegen das Problem nicht in den Griff, sie sind in der Defensive. Die Mehrheit der Boko Haram-Kämpfer hat sich vor einiger Zeit der Terror-Organisation Islamischer Staat angeschlossen. Die Terroristen haben dadurch ihren Aktionsradius weiter ausgedehnt. Betroffen sind auch die Nachbarländer. Einzelheiten von Marc Engelhardt:

Manuskript Marc Engelhardt

Den Tag, an dem Boko Haram ihr bisheriges Leben zerstörte, wird Rita Bitrus Madaga nie vergessen. Mit ihren sieben Kindern lebt sie heute in einer Baracke in Yola, eine halbe Tagesreise von ihrem Heimatdorf entfernt.

O-Ton Madaga (overvoice)

„Es war ein Freitag um die Mittagszeit, da ist Boko Haram über unser Dorf hergefallen. Sie haben meinen Mann vor meinen Augen zerstückelt und mich und meine Kinder verschleppt. Vier Tage waren wir gefangen, dann ist uns die Flucht gelungen. Seit vier Jahren harren wir jetzt in diesem Camp aus. Mein Dorf ist immer noch in der Hand der Islamisten.“

Brutale Massaker scheinbar aus dem Nichts sind seit mittlerweile zehn Jahren das Markenzeichen der Terrormiliz, die als Boko Haram weltweit berüchtigt

wurde. 2,4 Millionen Bewohner des Tschadbeckens sind nach UN-Angaben vor den Terroristen auf der Flucht, deren Zahl Jason Warner von der US-Militärakademie in Westpoint auf 5.000 schätzt. Im Nordosten Nigerias und in den Nachbarländern Niger und Kamerun sorgen sie für Angst und Schrecken. Dabei gilt die Terrorgruppe offiziell als besiegt. Nigerias kürzlich wiedergewählter Präsident Muhammadu Buhari hat das mehrfach versichert, zuerst an Heiligabend 2015.

O-Ton Buhari (overvoice)

„Zu ausgefeilten Angriffen auf Dörfer oder Landstriche ist Boko Haram nicht mehr in der Lage. Für mich heißt das: Wir haben den Krieg faktisch gewonnen. Die Leute gehen dorthin zurück, wo sie herkommen. Unsere größte Herausforderung wird jetzt der Wiederaufbau sein. Ich versichere Ihnen: Boko Haram als organisierte Streitmacht haben wir besiegt.“

Doch davon kann keine Rede sein. Als Buhari sprach, hatte bei Boko Haram gerade ein gefährlicher Wandel begonnen, der bis heute Folgen hat. Im März 2015 schwor der Chef der Terrorgruppe Abubakar Shekau dem sogenannten Islamischen Staat die Treue. Der IS erwiderte den Schwur, was er später be-reute - nicht zuletzt wegen Shekaus selbst für den IS zu brutalen Kriegsführung, die auch hunderttausende Muslime in die Flucht schlug. Im August 2016 ernannte die IS-Führung deshalb einen Nachfolger für Shekau: Abu Musab Al-Barnawi. Seither kämpfen beide Gruppen nicht nur gegen die nigerianische Armee, sondern auch gegeneinander. Shekau soll 1.500 Kämpfer befehligen, Al-Barnawi 3.500. Vor allem Al-Barnawis Abspaltung des „Islamischen Staats der Provinz West-Afrika“, kurz ISWAP, feiert militärische Erfolge, weiß Stephen Dami Mamza. Der Bischof von Yola hat über die katholische Kirche Kontakte in die Kampfregion.

O-Ton Mamza (overvoice)

„Noch vor kurzem haben die Terroristen einige Landstriche im besonders umkämpften Bundesstaat Borno besetzt. Die Regierung behauptete erst, das stimme nicht. Und dann, ein paar Wochen später, hat sie stolz verkündet, die Armee habe die Regionen befreit. Wie könnte beides stimmen? Tatsächlich ist es so: Die Regierung lügt. Der Sambisa Forest etwa ist nach wie vor die Basis tausender Terroristen, auch wenn die Regierung das abstreitet.“

Al-Barnawis Fraktion hat nach Zählungen von Journalisten im vergangenen Jahr hunderte nigerianische Soldaten getötet. Bei jedem Angriff erbeutet der

ISWAP neue Waffen, Fahrzeuge und anderes Kriegsgerät. Die Stärke und die Propaganda mit Unterstützung des IS haben neue Anhänger angezogen. Dass die Regierung dagegen plumpe Unwahrheiten verbreitet und so hilflos agiert, hat auch militärische Gründe: Der Armee fehlen die nötigen Informationen. Sie hat es nicht geschafft, Spione in den Reihen der Terroristen unterzubringen, schon gar nicht bei den jungen Radikalen des IS. Und in den besetzten Gebieten leben kaum noch Zivilisten, die als Informanten tätig werden könnten, betont Bischof Stephen Dami Mamza.

O-Ton Mamza (overvoice)

„Jenseits der Provinzhauptstadt Maiduguri lebt niemand mehr außer den Islamisten und ihren Anhängern. Die bestellen dort Felder und machen Geschäfte. Das Militär traut sich nicht in die Nähe, weil die Terroristen das ganze Territorium kontrollieren.“

Augenzeugen berichten, dass Soldaten sich aus Angst vor dem erstarkten IS-Kämpfern nicht mehr trauen, ihre Stützpunkte zu verlassen. In den Einheiten soll es mehrmals zur Meuterei gekommen sein. Weil jeder zweite der knapp 200.000 nigerianischen Soldaten im Anti-Terrorkampf eingesetzt ist, rotieren die Truppen nicht. Manche Elitesoldaten kämpfen seit zwei oder mehr Jahren ohne Pause gegen die Islamisten im Nordosten Nigerias, die den Krieg zu gewinnen drohen. Der Armee dagegen gehen Waffen, Munition und vor allem die Moral aus, sagt ein Militäranalyst in Nigeria. Die Bevölkerung traut den eigenen Streitkräften schon lange nichts mehr zu. In den Dörfern, die mit islamistischen Überfällen rechnen müssen, sind Bürgerwehren mit teils kruden, selbstgebauten Waffen die einzigen, die den Kampf noch aufnehmen. Solomon Johnson ist einer von geschätzt 300 Männern, die sich „Hunter“, „Jäger“, nennen. Er trägt eine Fellmütze und schwarze Uniform.

O-Ton Johnson (overvoice)

„Ich habe Angst vor Boko Haram. Der Norden von Adamawa liegt gleich an der Grenze zu Borno, wo die Islamisten herrschen. Unsere Dörfer werden regelmäßig überfallen. Und wenn das passiert, greife ich ein. Wir haben keine guten Waffen, aber wir kennen die Gegend und haben Zaubersprüche, mit denen wir die Terroristen besiegen konnten.“

Die meisten der Hunter sind Männer wie Johnson: Jung, ohne Ausbildung, Geld oder Ausrüstung, aber mit Kampferfahrung und festem Glauben an den

Sieg. Gruppen wie seine gibt es in der ganzen Region. Die Bevölkerung vertraut ihnen, während die Armee regelmäßig von Korruptionsskandalen erschüttert wird. 13,5 Milliarden Euro, die für die Verteidigung und die Sicherheit vorgesehen waren, sollen zwischen 2011 und 2017 veruntreut worden sein. Für Munition oder Benzin blieb da kaum etwas übrig, geschweige denn für neues Gerät. Die daraus resultierende Schwäche der nigerianischen Armee ist längst zu einem regionalen Problem geworden, etwa in Niger, dem neuen Rückzugsraum der Boko Haram-Abspaltung ISWAP.

Gegen die Terrorgruppe kämpfen dort US-Elitesoldaten, was die Öffentlichkeit erst erfuhr, als im Herbst 2017 vier von ihnen bei einer Militäraktion getötet wurden. Ein Zwei-Sterne-General musste daraufhin den Hut nehmen.

Mittelfristig soll eine regionale Eingreiftruppe der G5-Sahel-Staaten den Anti-Terrorkampf führen, mit Soldaten aus Niger, Burkina Faso, Mauretanien, Mali und dem Tschad. Nigeria ist nicht dabei. Zwei Jahre nach der Gründung aber ist die G5-Truppe immer noch nicht einsatzbereit. Die Ursachen seien ganz simpel, so der EU-Sonderbeauftragte für den Sahel, Angel Losada, im Februar bei einem Gipfeltreffen in Nigers Hauptstadt Niamey.

O-Ton Losada (overvoice)

„Das große Problem ist weiterhin die fehlende staatliche Präsenz in weiten Teilen der Sahelländer. Es ist einfach so: Da, wo der Staat ein Vakuum hinterlässt, haben die Terroristen Sauerstoff zum Atmen.“

Doch dass die Force conjointe bisher nur Übungen abgehalten hat, liegt auch an der EU. Bei Gebergipfeln zugesagte Millionen kamen nicht oder zu spät. Ein Anschlag von Islamisten auf das Hauptquartier der G5-Sahel in Mali im vergangenen Juni warf die Truppe weiter zurück. Zudem sind die fünf beteiligten Staaten uneins. So wird Mauretaniens Regierung vorgeworfen, einen Nichtangriffspakt mit der Terror-Organisation Al-Qaida geschlossen zu haben.

Burkina Faso leidet unterdessen wie Mali vermehrt unter Angriffen von Zellen, die dem IS zugerechnet werden. Deren zweite Generation afrikanischer Islamisten ist hungrig und nicht oder noch nicht bereit, sich wie ihre Vorgänger

von Al-Qaida korrumpieren zu lassen. Sie wollen die Macht übernehmen – von Regierungen, aber auch von etablierten Alt-Islamisten. Ihr Vorbild: Nigeria.

* * *

Flocken

Informationen von Marc Engelhardt.

An diesem Wochenende findet in der Ukraine die Präsidenten-Stichwahl statt. Beide Kandidaten, Amtsinhaber Poroschenko und der Polit-Neuling Selenski, halten an der Westorientierung des Landes fest. Die Beziehungen zu Russland sind seit der Annexion der Krim weiter angespannt. Die russische Regierung hat den Druck auf Kiew sogar erhöht. Denn Russland lässt im Asowschen Meer seine Muskeln spielen. Eva Steinlein hat sich in der Region umgesehen:

Manuskript Eva Steinlein

Das Asowsche Meer: Das größte Binnenmeer Europas – keine 20 Meter tief, nur selten friert das Gewässer zu. Die Südküste des Asowschen Meers gehört zu Russland, die Nordküste zur Ukraine – der einzige Seezugang in die ukrainischen Hafenstädte Mariupol und Berdjansk ist die „Straße von Kertsch“, eine Meerenge vor dem Schwarzen Meer.

2003 legten beide Anrainerstaaten vertraglich fest, dass das Asowsche Meer und sein Zugang gemeinschaftlich genutzte Territorialgewässer sind. Doch seit Russland 2014 die Krim annektierte, die Halbinsel militärisch hochrüstete und zwei Jahre später mit dem Bau einer Brücke über die Straße von Kertsch begann, ist ein Ungleichgewicht entstanden.

O-Ton Fedasch (overvoice)

„Russland versucht, alle Ufer des Asowschen Meers unter seine Kontrolle zu bringen. Es hat es auf das Asowsche Meer und auch auf die Straße von Kertsch abgesehen.“

Sagt Jurij Fedasch, ein Kommandeur der ukrainischen Marine in der Hafenstadt Mariupol. Im Sommer 2014 wurde die Stadt etwa einen Monat von pro-russischen Milizen kontrolliert – daran denkt die Bevölkerung heute mit Schrecken zurück. Mit vereinten Kräften eroberten die Nationalgarde sowie

eine vom Oligarchen Rinat Achmetow bezahlte Bürgerwehr und das Freiwilligenregiment Asow die Stadt zurück. Fedaschs Einheiten sichern seitdem den Flughafen von Mariupol, der für die zivile Luftfahrt geschlossen wurde. Wer die Stadt über die Fernstraße erreichen will, wird an mehreren Checkpoints kontrolliert. 30 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt, kommt es nahezu allabendlich zu Verletzungen der Waffenruhe. In Mariupol selbst ist die Lage momentan allerdings ruhig.

Dafür haben die Spannungen mit Russland auf hoher See zugenommen – etwa, wenn ukrainische Schiffe die „Straße von Kertsch“ vom Schwarzen Meer aus passieren wollen. Alexander Girgorewskij, der Kapitän des Militärschleppers „Korez“, hat die Meerenge im September durchfahren. Russlands Brücke auf die Krim war da längst eröffnet.

O-Ton Grigorewskij (overvoice)

„Derzeit sind weder Russland noch die Ukraine aus dem Vertrag über die gemeinsame Nutzung der Straße von Kertsch ausgestiegen, demzufolge sowohl ukrainische als auch russische Schiffe das Recht haben, durch diese Meerenge zu fahren. Als wir durchgefahren sind, haben wir von diesem Recht Gebrauch gemacht. (...) Bisläng gab es *einen* Befehl zur Durchfahrt. Die Durchfahrt war erfolgreich. Wie die Sache ausging, als das *zweite* Kommando durchfuhr, wissen Sie ja: mit Beschuss.“

Und mit der Festnahme der ukrainischen Marine-Soldaten am 25. November. Der Hintergrund: Die russischen Grenzschilder hatten mitgeteilt, die „Straße von Kertsch“ sei geschlossen. Die ukrainischen Marineboote „Berdjansk“ und „Nikopol“ und der Militärschlepper „Jany Kapu“ machten sich dennoch an die Durchfahrt – schließlich habe man die Boote den russischen Behörden im Voraus angekündigt, aber keine Antwort erhalten, machte die Ukraine später geltend. Der Schiffsverband habe wenig später versucht, zu wenden und nach Odessa zurückzukehren.

Russland hingegen wirft den ukrainischen Schiffen vor, in der Meerenge provokante Manöver gefahren und den Kontakt verweigert zu haben. Die Lage eskalierte: Ein russisches Patrouillenboot rammte schließlich den ukrainischen Schlepper, die russischen Grenzsoldaten eröffneten das Feuer und schleppten

die drei Schiffe samt ihrer teils verwundeten Besatzung in den Hafen von Kertsch. Seitdem sind die 24 Seeleute in russischer Gefangenschaft.

Kapitän Alexander Grigorewskij, dessen Schlepper „Korez“ am 25. November den Verband im Asowschen Meer in Empfang nehmen sollte, sagt, er habe das Durchfahrtsverbot der russischen Behörden über Funk gehört. Doch das spielt für ihn keine Rolle:

O-Ton Grigorewskij (overvoice)

„Was auch immer in der Meerenge vor sich ging, wie sich die Ereignisse entwickelten, wer schuld war – das ist unwichtig. Die ukrainischen Boote und der Schlepper waren in neutralem Gewässer. Man hätte keine Waffengewalt gegen sie einsetzen dürfen.“

Die ukrainischen Schiffe seien in einer rechtlichen Zwickmühle gewesen, meint er:

O-Ton Grigorewskij (overvoice)

„Als wir durchfuhren, war diese Aufgabe technisch nicht schwierig. Das war eine gewöhnliche Durchfahrt. Es galt, das Recht zur Durchfahrt zu nutzen und sich weder auf internationales Recht zu berufen noch auf das russische – denn auf diese Weise hätten wir die Souveränität Russlands über die Krim anerkannt. Wenn wir uns auf internationales Recht berufen, heißt das, wir erkennen an, dass die Krim zu Russland gehört. Wenn wir uns an russische Vorschriften zur Durchfahrt halten, erkennen wir ebenfalls an, dass die Krim zu Russland gehört. Die Aufgabe bestand also darin, sowohl von unserem Recht Gebrauch zu machen als auch keine Äußerung zu machen, die behandelt werden könnte als eine Anerkennung der Krim-Annexion.“

Denn auch Russland beruft sich bei seiner Kontrolle der Meerenge auf das internationale Seerechtsabkommen der Vereinten Nationen: Die ukrainischen Schiffe hätten sich in russischem Hoheitsgebiet um die Krim befunden; außerdem verhalte sich die Ukraine aggressiv gegenüber Russland. Tatsächlich führte die ukrainische Regierung als Reaktion in den Grenzregionen vorübergehend das Kriegsrecht ein und verweigert Männern zwischen 16 und 60 Jahren mit russischem Pass die Einreise. Doch auch Russland provoziert, indem es seine militärische Übermacht im Asowschen Meer für Muskelspiele einsetzt. Artjom Poljakow, Pressechef der ukrainischen Küstenwache in Mariupol:

O-Ton Poljakow (overvoice)

„Wenn sich unsere taktischen Gruppen und die des Geheimdienstes FSB der Russischen Föderation begegnen, ist es nicht nur einmal passiert, dass ihre Schiffe gegen internationales Seerecht verstoßen haben, indem sie sich uns weiter als erlaubt nähern. Dadurch versuchen sie, ihre Stärke zu zeigen und psychologischen Druck auf uns auszuüben.“

Gerade einmal fünf Boote aus Sowjetzeiten umfasst die Flotte der Küstenwache von Mariupol, die seit 2014 wieder verstärkt im Einsatz ist. Der russischen Übermacht hat sie wenig entgegenzusetzen. Und Poljakow ist bewusst, dass die Lage jederzeit wieder eskalieren kann – denn im Konflikt hat auch die Küstenwache schon Verluste erlitten, schildert er sichtlich betroffen:

O-Ton Poljakow (overvoice)

„Im August 2014 wurde unser Patrouillenboot ‚Grif‘ von den besetzten Gebieten im Donbass aus mit Raketen beschossen. Zwei Matrosen wurden getötet. Im Juni 2015 ist ein Boot auf eine Seemine gefahren. Ein Matrose wurde bei der Explosion so schwer verwundet, dass er nicht überlebte.“

Die gegenwärtige Situation hat weitreichende Auswirkungen auf die ukrainischen Hafenstädte am Asowschen Meer. Im staatlichen Handelshafen Mariupol, von dem aus früher Güter aus den Stahlwerken im Donbass umgeschlagen wurden, ist die Umschlagsmenge seit 2014 um zwei Drittel zurückgegangen. Die finanziellen Verluste beziffert Hafendirektor Alexander Olejnik auf 10 Millionen Euro. Seine 3.200 Beschäftigten leisten seit drei Jahren Kurzarbeit:

O-Ton Olejnik (overvoice)

„Offiziell bauen wir keine Stellen ab, weil wir zur sozialen Verantwortung gegenüber unseren Mitarbeitern stehen. Denn derzeit ist es sehr schwer, in dieser Region Arbeit zu finden. Der Arbeitsmarkt ist dadurch eingeschränkt, dass es hier momentan zu kriegerischen Handlungen kommt. Deshalb entlassen wir niemanden – aber es gibt wohl eine Abwanderung. Manche haben die Region verlassen, sind in andere Städte oder ins Ausland gezogen.“

Auch die Auswirkungen des Zwischenfalls im November hat der Hafen zu spüren bekommen: Denn danach blockierte Russland mit einem unter der Brücke von Kertsch quer gestellten Tanker zeitweise die Durchfahrt.

O-Ton Olejnik (overvoice)

„Das war eine Katastrophe für die Reeder, weil sie kolossale Ausgaben hatten. Sie haben dadurch hunderttausende Dollar verloren. (...) Und als die ukraini-

schen Matrosen angegriffen wurden, stand die Handelsflotte etwa zehn Tage still und wartete auf die Durchfahrt. Aber diese Ereignisse bzw. dieser bewaffnete Angriff auf die ukrainischen Matrosen – das war wohl nur die Spitze des Eisbergs.”

Viele Kunden haben ihre Fracht inzwischen auf den Schienenverkehr verlegt oder steuern den Hafen von Odessa im Schwarzen Meer an. Der Mariupoler Hafen versucht gegenzuhalten – mit dem Bau eines neuen Terminals, in dem Getreide umgeschlagen werden kann.

Für Hafendirektor Alexander Olejnik steckt hinter allem Russlands Absicht, die ukrainischen Häfen im Würgegriff zu halten und die komplette Kontrolle über das Asowsche Meer sicherzustellen.

O-Ton Olejnik (overvoice)

„Sie destabilisieren die Situation, damit die ukrainischen Häfen im Asowschen Meer nicht mehr attraktiv sind. Wir haben ja nur zwei, in Berdjansk und Mariupol, und offensichtlich tun sie alles, damit hier Stagnation herrscht.”

Auch Analysten in der Hauptstadt Kiew sehen die Gefahr, dass Russland die wirtschaftliche Lage und den andauernden Druck auf die Hafenstädte nutzen könnte, um dort Stimmung zu machen. Tatsächlich sind in Mariupol viele Einwohner unzufrieden mit der Lage. Die Arbeitslosenrate ist eine der höchsten im Land, das Leben verhältnismäßig teuer, ein Drittel der Bevölkerung ist im Rentenalter. „Hier lebt nur noch, wen man sonst nirgendwo gebrauchen kann“, schimpft ein Taxifahrer. Von russischen Propaganda-Umtrieben ist bislang aber nicht viel zu spüren. Die ukrainische Nationalflagge ist hingegen überall und ziert Fahrzeuge, Balkons und Läden. Sie gehört zum Stadtbild wie Werbeplakate für die Armee und Küstenwache.

Die Küstenstadt Berdjansk befindet sich paradoxerweise durch den Konflikt gegenwärtig sogar im Auftrieb. Der Ort ist in der Ukraine im Sommer ein beliebter Badeort. Insbesondere seit Ferien auf der Krim nicht mehr möglich sind, kommen die Urlauber hierher. Seit September 2018 hat Berdjansk auch einen Flottenstützpunkt. Momentan liegen hier zwei Marineboote vor Anker. Die Einfahrt in die Stadt von der Küstenseite ist per Checkpoint gesichert. Offen ist, ob der Touristenboom durch die Einrichtung der Militäreinrichtung gestoppt wird.

Das wird sich schon bald zeigen. Denn in den nächsten Wochen beginnt die erste Urlaubs-Saison nach dem Zwischenfall im Asowschen Meer.

* * *

Flocken

Soweit Eva Steinlein.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie auch als Podcast herunterladen – unter ndr.de/streitkraefte. Unter dieser Adresse können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Osterwochenende wünscht Andreas Flocken.